



Deutschland.

O. C. Landtags-Verhandlungen.

11 Uhr. Am Ministerial Graf zu Eulenburg, Fahl, Achenbach, Frieden-

thal und zahlreiche Commissarien.

Vor der Sitzung vom 31. Mai äußerte ich bei der Berathung über die Aufse-
bung des Sequesters über das kurfürstliche Vermögen, daß im September
1867 während der Dictaturperiode ein königlicher Erlass mit Gesetzeskraft
ergangen sei, worin die Regierung sich das Recht vindicirte, dem, der in das
Familien-Gildecommis succedete, dem Grafen Rumpenheim, bis zur Höhe
von 250.000 Thlr. seine Einnahme zu erhöhen. Es ist ein öffentliches Ge-
heimnis, fügte ich hinzu, daß er Landgraf von Rumpenheim schon seit einer
Reihe von Jahren 15.000 Thlr., wie es in dem stenographischen Bericht
heißt, ich hatte aber gesagt 150.000 Thlr., wenn nicht mehr bezieht. Daraus
ist mir ein Schreiben von dem Generalbevollmächtigten des Landgrafen, Re-
gierungsrath Wurstadt in Wandsee, zugegangen, in welchem mitgetheilt
wird, daß meine Angabe auf einem Irrthum beruht. Dann heißt es in
dem Schreiben weiter: „Als die bezüglichen Verhandlungen in Berlin wie-
der aufgenommen wurden, habe ich dem Wirkl. Geh. Rath von Balan in
folge der mir erhaltenen Instruction wörtlich Folgendes unter dem 16ten
August 1869 geschrieben: es ist schon früher die Rede davon gewesen, dem
Landgrafen Friedrich unter der Voraussetzung seiner Verzichtleistung auf das
Thronfolgerecht sofort eine jährliche Apanage zu zahlen. Der Landgraf
glaubte indeß, daß seine förmliche Stellung und seine Stellung zum Kur-
fürsten von Hessen während der Lebenszeit des Letztern erforderlich für seine
Person nichts anzunehmen und hielt an dieser Auffassung auch nach Erlass
der bekannten Sequestersverfügung fest. Demgemäß ist er mit der
Krone Preußen unter dem 21. März 1873 abgeschlossene Vertrag erst nach
dem am 6. Januar erfolgten Ableben des Kurfürsten zur Ausführung ge-
langt. Der Landgraf Friedrich hat vorher gar nichts erhalten.“ Der Abg.
Wehrenpennig bemerkte, daß das Schreiben darüber, ob etwa die früher
zurückgewiesene Summe nachgezahlt worden ist, sich nicht äußere.

Das Haus erledigte alsdann ohne Debatte in dritter Berathung den Ge-
setzentwurf betreffend die Abänderung der in den Hohenzollernischen
Ländern zur Erhebung gelangenden Abgaben auf Hunde und in
erster und zweiter Berathung den Gesetzentwurf betreffend die Deckung der
bei Begebung der Eisenbahnanleihe aus dem Jahre 1867 entstandenen
Courtsverluste.

Es folgt die erste Berathung des Gesetzentwurfs betreffend die Ueber-
nahme einer Zinsgarantie des Staates für eine Prioritätsan-
leihe der Münster-Emscher Eisenbahngesellschaft bis auf Höhe von
2,100,000 Mark.

Abg. v. Benda bittet, obwohl es sich nur um einen geringfügigen Ge-
genstand handelt, denselben zur allerschleunigsten Berichterstattung an die
Budgetcommission zu verweisen, um alle Eisenbahnvorlagen gleichmäßig zu
behändeln und die Unklarheiten der Vorlage, besonders des beilegenden Ver-
trages, zu beseitigen. Da noch eine Reihe ähnlicher Vorlagen bevorsteht, so
wäre ein Nachweis darüber wünschenswert, wie es mit den in den letzten
Jahren bewilligten Eisenbahn-Crediten steht, ob die Regierung damit aus-
zutreten oder nicht nachträglich auf den einen oder anderen Credit zu ver-
zichten gedenkt, besonders für die Eisenbahn Hannover-Harburg, für
denen Bau weder die Einwohner jener Gegenden noch die Abgeordneten der
Provinz Hannover Sympathie haben; eingegangene Petitionen widerstreichen
geradezu dem Ausbau. Der Wunsch, die Linie Berlin-Wesel aufzugeben,
habe im Hause mehr Anhänger, als der Handelsminister nach seiner neulichen
Aeußerung anzunehmen scheine.

Abg. Berger: Es ist zu wünschen, daß die Regierung dem durchaus
berechtigten Verlangen des Vorredners auf Vorlegung eines Berichts über
den Stand der bewilligten Credite bei Eröffnung der nächsten Session nach-
kommt. Der Bau der Linie Berlin-Wesel ist durchaus nothwendig, um
die beiden großen Staatsseisenbahnen im Osten und Westen mit einander
und die Reichshauptstadt direct mit Wesel und Straßburg zu verbinden.
Sind die über die Linie Hannover-Harburg gemachten Angaben richtig, so
wäre eine Vorlage der Regierung, welche von der Ausführung dieser Linie
absteht, mit Freuden zu begrüßen; die Staatsregierung ist zum Bau nicht
verpflichtet, sondern nur ermächtigt worden. Die Linie Münster-Emschede
ist kein schwielbautes Unternehmen, wie die Pommersche Central- und
Berliner Norddeutschenbahn, sondern durch Ausbildung aller Kräfte seitens der
betreffenden Landestheile zu Stande gekommen. Die anliegenden Städte
und Private haben allein $\frac{1}{2}$ des gefammten Anlagekapitals aufgebracht.
Redner ist für Verweisung der Vorlage an die Budgetcommission.

Der Handelsminister: Ich halte die Vorlage zu einer Berathung
im Plenum geeignet, kann mich aber einer Verweisung an die Budgetcom-
mission zur Iseleung nicht widersetzen. Dort wird die
Frage erörtert werden, in wie weit durch die erhöhten Anforderungen seitens
der Staatsregierung in einer gewissen Weise diese Calamität (der die Vor-
lage abheben soll), verhindert wird. Meinerseits kann ich das nach
Lage der Acten nicht anerkennen. Die beilegten Landestheile haben in
der That wesentliche Opfer gebracht und wäre es zu bedauern, wenn das
Unternehmen, das noch 200.000 Thaler erfordert, schließlich scheitern sollte.
Meine bereits ertheilte Zusage, dem Hause in der nächsten Session über die
Lage der Credite und der einzelnen Bauausführungen Mittheilung zu machen,
werde ich halten und mich bemühen, möglichst in jeder Session eine solche
Vorlage einzubringen.

Wäre bei Berathung des Staats seitens der Budgetcommission eine solche
Forderung an mich gerichtet worden, so würde ich keinen Anstand genommen
haben, die mir vorliegenden Zahlen mitzuteilen. Der erste Redner wünschte
die Vorlage einer Art Plan über die von dem Staat zu gewährenden Unter-
stützungen für Eisenbahnen. Ein solcher Plan ist unmöglich, die gegenwärtige
Vorlage z. B. hat sich für die Staatsregierung in Folge ganz unerwarteter
Thatsachen als nothwendig herausgestellt, es ergab sich plötzlich, daß die
Prioritäts-Anleihe nicht genügte.

Ahnliches kann sich wiederholen, die Re-
gierung ist nicht in der Lage, von vornherein sagen zu können, die und die
Unternehmungen sind als nothleidend zu prognostizieren. Es ist gefragt
worden, ob sich nicht empfehlen, von der Ausführung der Bahn Hannover-
Harburg abzuheben. Es kann mir nur erwünscht sein, wenn aus dem Hause
solche Neuauflagen mit entgegentreten und ich unterschäze sie nicht. Die
Stadt Celle, welche mit einer an dieses Haus gerichteten Petition die Ver-
hinderung der Ausführung dieser Bahn begeht, opponierte von Anfang an
gegen dieselbe, wenn sie allein zur Ausführung käme. Sie verlangte die
Ausführung der Linie Hannover-Harburg über Celle oder, wenn dies nicht ge-
löste, den gleichzeitigen Bau einer Linie Celle-Magdeburg. Es liegen mir
eine Anzahl Gegenpetitionen vor. Der Commissionsbericht vom 5. März
1873 stellt den Grundzah auf, daß, wenn Privatunternehmer sich zu einer
Linie gemeldet hätten, die in Concurrenz mit einer Staatsbahnlinie steht,
der Staat diesen Privatunternehmern die Concession ertheilen müsse, wenn
er nicht bereit sei, seinerseits eine solche Bahn zu bauen. Damals wurde
die Ausführung einer solchen Bahn von mehreren Seiten beantragt, aber
abgewiesen, weil die Regierung sie selbst bauen wollte. Die Commission hat
damals auch ausgesprochen, daß die zukünftige Rentabilität dieser Linie
zweifellos sei. Das Haus hat sogar in einer Resolution beantragt, daß ihm
eine directe Linie von Harburg nach Altona behufs Anschluß an die Schles-
wig-Holsteinischen Bahnen zur Beschlussnahme vorgelegt werde. In Schleswig-
Holstein legt man der Linie eine große Bedeutung bei. Sie wird die erste
sein, welche die Stadt Hannover in directe Verbindung mit dem allgemeinen
Eisenbahnsystem setzen wird. Wird sie aufgegeben, so tritt auch die Bahnhoft-
angelegenheit in Hannover wiederum in eine andere Phase. So schwierig
ist es, nachdem einmal Entschlüsse in solchen Angelegenheiten gefasst
finden, sie wieder aufzugeben. Diese Angelegenheit ist auch nicht mehr voll-
ständig intact, weil bereits nicht ganz unbeträchtliche Summen der Direction
in Hannover überwiesen und Bestellungen auf Schienen und Eisenbahn-
schwellen gemacht sind.

Abg. Lauenstein: Die Behauptung des Abg. v. Benda, daß die beileg-
ten Landestheile sich für die Ausführung der Linie Hannover-Harburg

nicht interessirten, darf nicht unwidersprochen bleiben. Das Haus ist, wenn
ich nicht irre, dem Beschlüsse der Petitions-Commission, über die Petition
von Celle zur Tagesordnung überzugehen, beigetreten. Durch Ratsprache
mit dem Vertreter Harburgs habe ich mich überzeugt, daß man dort das Zu-
standekommen der Bahn dringend möchte.

Abg. Windthorst (Melle): Die betreffenden Landestheile hatten bis
jetzt keine Veranlassung, sich zu äußern, da der Bau beschlossene Sache
ist; sie werden sich jetzt nach den hier geäußerten Neuauflagen ohne Zweifel
äußern.

Der Gesetz-Entwurf wird nach dem Antrag v. Benda an die Budget-
Commission verweisen.

Es folgt die Schluss-Abstimmung über die Provinzial-Ordnung; sie wird
mit 213 gegen 148 Stimmen angenommen. Mit „Ja“ haben gestimmt:
Achenbach, Aegidi, Albrecht, Graf v. Arco, Arndt, Bähr (Kassel), Beiert,
Belian, v. Benda, Bening, Bertog, Graf Bethusy-Strelitz, v. Bismarck (Flatow), v. Bis-
marck (Naugard), v. Bodum-Dolffs, Bong-Schmidt, v. Brauchitsch, v. Bre-
tiele, Bruns, Buchholz, v. Belom-Saleste, Clauswitz, v. Corswant,
v. Cuny, Delius, Denizig, Diederichs, Dohrn, v. Donat, v. Edardstein
Graf zu Eulenburg, Fahl, Fedderen, Fisch, Friedenthal, Frisch, Fritze, Hubel,
v. Gaebler, Gneit, Gödel, Götting, v. Goldus, v. Goltz, Gräber, Greiff,
Gringmuth, Grohmann, Gudewill, Gumpert, Haacke, Hänel, Hamens, Ham-
macher, Harbier, Hanßen, Haude, Heißiger, Helf, Henze, Heyl, Hildebrand,
Hillingh, Graf v. Hochberg-Fürstenstein, Höne, Hollenberg, Holtermann, Hunius,
Hundi von Hasseln, Jacobi, Jung, Kannigießer, Kempf, Kehler
(Genthin), Keitel, Kieper, Kiel, von Kirchmann, Kleinmächtig, Kleistke,
Klöppel, v. Knefbeck, Köhler (Göttingen), Köhler (Neuenhaus), v. Köller,
Kölk, Graf v. Königsdorf, Krab, Krebs, Kropp, Krug v. Nidda,
Kurius, Lange, Lantias-Beninga, Laporte, Lauenstein, Lefeld, Lenk,
v. Löper (Georgendorf), v. Löper (Vöpersdorf), Löno, Löwe, Lowenstein,
v. Loga, Lorenzen, Lucius, Ludendorf, Lutteroth, Mahlsdorf, Mah, Mayer
(Marburg), Meyer (Hoya), Miguel, Mommsen, Moisner, Mühlendieb,
Müller (Hannover), Müller (Solingen), Mund, Nasse, Neude, Neuermann,
Nöldeken, Nolte, Oetker, Ottendorf, Ottens, Ottow, Ouvrier, Persius,
Pielich (Naumburg), Piesel (Delitz), Blaß, Blaß, Plehn, Namm, Naske,
Nasmus, Richter (Sangerhausen), Riedert, Ritter, v. Ronne, Röppell, Roquette,
v. Roy, Ruppell, Runge (Alt-Damerow), Sachse, v. Saldern, Graf Schac,
Scharnweber, Scheder, Schellwitz, Schläger, Schlieper, Schmelzer, Schmidt
(Stettin), Schmidt (Sazan), Schmidt (Rech), Schneider, Schöffer, Schoof,
Schott, Schulz (Bromberg), Schumann, Schweineberg, Seelig, Seidler,
Sello, Seppardt, Spangenberg, Stader, Stelzer, Stengel, Stuhr, Stahr,
Stern, Teckow, v. Tempelhoff, Thiel, Thilo, Thomsen, Tiedemann, Töpfer,
Vogeler, Wachler, Wagner (Stralendorf), Wagner (Starzard), Wallich,
Warburg, Warze, Weber (Erfurt), v. Wedell-Malchow, v. Wedell-
Behlingdorf, Wehrenpennig, Weidenbörer, Weikenborn, Wendorf, Werner,
Werster, Weithoff, Graf Winzingeroode, Wisselink, Witt, Wyncken, von
Zander, Ziegler.

Mit „Nein“ haben gestimmt: Aulnoch, Beerbohm, Bender (Königsberg),
Bender (Altenkirchen), Berger-Roth, Berger, Benards, Bernhardi, Biebenbach,
Braun (Waldenburg), v. Brega, Bries, Brügel, Caspar, v. Charlinsk,
Danzenberg, Deloch, Diederichs, Döring, Doerk, Donaties, Douglas, Drose,
Duhleuer, Dunder, Eberty, Elgnowski, Emden, Engel, Fatzel, Fiedler,
Fiedler, Fleisch, Franken, Frenger, v. Fürth, Fran, Gajewski, v. Gerlach,
Gescher, Gorzig, Grünhagen, Grüterding, Haebler, Halen, v. Hatzfeld,
v. Heeremann, Hofmann, Hoppe, Graf Hoverden, Hüfer, Jacobmann, Jaeger,
Jacobs, Jäntzen, Kallenbach, Kantaf, Kapp, v. Kehler, Kehler
(Rosenhain), Kielcke, Kirchhoff, Kloz (Berlin), Kloz (Homburg), Kraabe,
Krohn, Kramarczit, Kummert, v. Kleinjorgen, Knörde, Larz, Lieber, Lirk,
Lubinski, Lur, Listowski, Matzku, Matz, v. Mantaußel, Marx, Graf
Matzku, Mehlhausen, Menken, Mohr, Müller (Tier), Müller (Vilm),
Münzer, Graf Neuhau-Tormors, Negenborn, Niederschöbendorf, Nijsche
(Münsterberg), Nische (Plech), Parissius, Patzel, Paur, Berger, Petri,
Pfeiffer, Pilatz, Graf Prisch, Nahis, v. Reck, Reichenberger,
Reissmann, Richter, Hagen, Roederath, Roestel, Rudolfi, Rüb-
sam, Runge (Berlin), Sarrazin, v. Sauden-Julienfeld, Schacht, Scheben,
Schenk, Schiller, Schleppinghoff, Schlik, Schlüter, beide Grafen Schmitz,
Scholz (Neiss), v. Schorlemers-Ull, Schroeder (Oppeln), Schulz (Biedenkopf),
v. Spies-Bülesheim, Stas, Graf zu Stolberg-Stolberg, Streder, de Spy,
v. Thimus, Thissen, v. Thokarst, Troje, Birnich, Weltz, v. Weyl, Wied-
wald, v. Wierzbinski, Windthorst (Melle), Windthorst (Vielesfeld), Wissmann,
Worzewski, Wulfshain, Zache, Zelle.

Beurlaubt sind: v. Behr-Behrenhoff, Beleites, Bernhardt, Braun (Hers-
feld), v. Bonin, Brüggemann, Fröhßner, Hobrecht, Kalle, Kuhlwein, Lasler,
Schräder, Seydel, Subius, v. Sybel, Thilenius, Wachs, Weber (Hörter). —
Entsuldigt sind: Frenzel, Prinz zu Hohenlohe, Kiehn, Krebs, v. Leipziger,
Meyer (Merseburg), von Soden-Lippitzsch, Struve, Uhlenhaut, Birchow,
Witte und Wittrock. — Der Abstimmung enthalten haben sich Michaelis und
Knebel.

Für das Gesetz stimmen die Nationalliberalen mit Ausnahme von
Braun (Waldenburg), Caspar, Döring, Haken, Jäntzen, Kallenbach, Kapp,
Lirk, Roestel, Schacht, Schiller, Wulfshain und Zache; die Freikonservati-
ven mit Ausnahmen von Mantaußel. Gegen das Gesetz stimmen
das Centrum, die Polen, die Fortschrittspartei mit Ausnahme von
Haenel, v. Kirchmann, Löwe, Lutteroth, Mühlendieb, Seelig, Warburg
und Warze.

Das Haus erklärt darauf eine ganze Reihe von Petitionen durch die Be-
schlüsse zu diesem Gesetz für erledigt und überweist einige Petitionen der
Regierung zur Erwägung und als Material für die Reform der Landge-
meinde- und Städteordnung in Rheinland und Westfalen, die möglichst in
der nächsten Session vorgelegt werden sollen.

Es folgt die Berathung des vom Herrenhause in unveränderter Fassung
zurückgelangten Gesetzentwurfs betreffend die Dotation der Provinzial- und
Kreisverbände. Das Weisliche der vom Herrenhause beschloßene
Veränderungen beruhen in einem Zusatz zu § 18, wonach die Bestimmung,
daß die Verwaltung und Unterhaltung derjenigen Staatsaufseiten, deren
Kosten bisher aus Berg- oder forstfiscalischen Fonds bestreit sind, auch
seinerseits dem Staat verbleibt, ausgedehnt werden soll auch auf diejenigen
Staatsstrafen, welche der Staat auf Grund der Verordnung vom 16. Juni
1838, die Communicationsabgaben betreffend, zur Unterhaltung übernommen
hat. In Gemäßheit dieses Zusatzes hat das Herrenhause ferner dem Schluss-
absatz des § 20, welcher lautet: „Die den Kommunalverbänden nach § 2
dieses Gesetzes, beziehungsweise nach § 1 des Gesetzes vom 7. März 1868
und des Gesetzes vom 11. März 1872 zu gewährenden Jahresrenten werden
demgemäß um die angegebenen Beträge erhöht“, die Worte hinzugefügt:
„und ist dabei der den Provinzialverbänden nach dem Schlusszase des § 18
zu machende Abzug zu berücksichtigen.“

Es folgt die Berathung des vom Herrenhause in unveränderter Fassung
zurückgelangten Gesetzentwurfs betreffend die Dotation der Provinzial- und
Kreisverbände. Das Weisliche der vom Herrenhause beschloßene
Veränderungen beruhen in einem Zusatz zu § 18, wonach die Bestimmung,
daß die Verwaltung und Unterhaltung derjenigen Staatsstrafen, welche der Staat auf Grund des § 9 der Verordnung vom 16. Juni 1838 übernommen
hat, zur Unterhaltung übernommen hat, sofern es die betreffende Stadtgemeinde
verlangt. Kommt über den zu diesem Zusatz auszufordernden Anteil an
der Provinzialdotation zwischen dem Provinzialverband und der betreffenden
Stadtgemeinde eine Vereinbarung nicht zu Stande, so entscheidet das Ober-
verwaltungsgericht über die Höhe der zu gewährenden jährlichen Geldrente
nach Verhältnis der aufzumenden Kosten.“ 2) Im § 20 den letzten Satz
von den Worten an: „und ist dabei“ zu streichen.

Abg. Lauenstein: Die Motive des Herrenhauses für seine Beschlüsse
waren folgende: Durch die Verordnung vom 16. Juni 1838, die Communi-
cationsabgaben betreffend, hat der Staat die Verwaltung und Unterhaltung
gewisser Strafenstreifen übernommen, welche sich in dem Bereich von
Städten befinden. Das Herrenhause meinte nun, daß es im Interesse vieler
Städte liege, diese bisher vom Staat unterhaltenen Strafenstreifen selbst in
Verwaltung zu nehmen. Die betreffenden Strafenstreifen sind zum Theil
mit städtischen Häusern besetzt und es ist allerdings eine eigenthümliche An-
omalie, daß während im Uebrigen die Städte in ihren Bezirken die Verwal-
tung ausüben, diese einen Theil der Stadt bildenden Straßen in der Ver-
waltung des Staates geblieben sind. Wir waren nun einerseits der Ansicht, daß
die Ermittlung desjenigen Abzuges in der Dotation, welche sich die Pro-
vinzialverbände wegen dieser übergebenen Strafenstreifen gelassen, müsste
erfolgen, um die Complicirtheit des Berechnungsmodus außerordentlich schwer zu
ermitteln sein und würde möglicherweise die Ausführung des ganzen Gesetzes verzögern.
Andererseits aber haben wir das Interesse der Städte selbst, wo ein solches vorliegt, diese Straßen in eigene Verwaltung zu nehmen, berücksichtigt
wollen und haben deshalb zunächst auf den Weg der Vereinbarung zwischen den Provinzialverbänden und den betreffenden Städtegemeinden ver-
wiesen. Wir haben aber, falls eine mindliche Vereinbarung darüber nicht zu
Stande kommen sollte, zugleich eine Bestimmung aufgenommen, wonach
das Oberverwaltungsgericht über die Höhe des Abzuges zu entscheiden hat.
Wir glauben durch diese Anträge den Interessen der Städte nach allen Seiten
gerichtet geworden zu sein und empfehlen dem Hause ihre Annahme.

Handelsminister Dr. Achenbach: Die Staatsregierung muß wie früher
im Herrenhause so auch jetzt die Beschlüsse des Herrenhauses zu § 18 und
20 bekämpfen, weil auf Grundlage derselben eine Regelung der hier in
Frage kommenden Verhältnisse überhaupt nicht zu erreichen ist. Dagegen
bieten die heute hier gestellten Anträge allerdings die Möglichkeit, eine Ver-
einbarung zwischen der Ausschaffung des Herrenhauses und der der Regierung
herbeizuführen. Ich kann daher vom Standpunkt der Regierung diese An-
träge nur befürworten. Ich habe außerdem den Wunsch, daß das Haus
auch einen anderen Beschluß des Herrenhauses, wonach auch die nicht zu
Dienstwohnungen für Chausseewärter bestimmten Chausseebauer den Pro-
vinzen übergeben werden

Stettin ist die Beförderung der Lehrer Robert Most, Otto Marburg und Heinrich Gellentin zu Oberlehrern genehmigt worden.

Berlin, 8. Juni. [Die königlichen Hoheiten der Prinz und die Prinzessin Albrecht treffen heut Abends 7^{1/4} Uhr auf dem Lehrter Bahnhofe hier ein und seien mittelst der Frankfurter Bahn um 11 Uhr die Weiterreise nach Chemnitz fort. (Reichsan.)]

= Berlin, 8. Juni. [Der diplomatische Ausschuss des Bundesrates. — Zur Prüfung der Apotheker-Gehülfen. — Die Eisenbahnvorlagen.] Die Nachrichten über ein erweitertes Heranziehen des Bundesrahtsausschusses für auswärtige Angelegenheiten, des s. g. „diplomatischen Ausschusses“ zu einer erweiterten Thätigkeit in Sachen der deutschen Politik hat, wie leicht denkbar, hier ein großes Aufsehen gemacht. In bündestädtischen Kreisen ist indessen nicht das Mindeste davon bekannt. Der diplomatische Ausschuss besteht nach wie vor, er wird in jeder Session neu gewählt und es war dies auch vor wenigen Wochen wieder der Fall. Seit drei Jahren oder länger, wo es sich um eine ganz untergeordnete Frage handelte, ist der Ausschuss nicht mehr zusammengetreten. Man fragt sich vergebens, welche Thätigkeit ihm jetzt zugewiesen werden soll. Bis jetzt ist man noch nicht geneigt, ernsthaft an eine solche Eventualität zu denken. — Das Prüfungs-Reglement für Apotheker-Gehülfen, welches dem Bundesrat vorgelegt ist, zerfällt in 14 Paragraphen. Dasselbe verlangt von einem Apotheker-Gehülfen den Befähigungsnachweis seitens einer deutschen Prüfungsbehörde; der Sitz derselben wird von den Centralbehörden der einzelnen Bundesstaaten dauernd bestimmt. Die Prüfungen werden in den Monaten Januar, April, Juli und October jeden Jahres an den von dem Vorsitzenden der Prüfungsbehörde festzusezenden Tagen abgehalten. Anträge müssen bis zum 15. des vorhergehenden Monats eingereicht werden. Die Examinierten müssen den Nachweis beibringen, daß sie die vorgeschriebene Lehrlingszeit richtig und mit gutem Erfolge erfüllt haben. —

Die Prüfung zerfällt in drei Abschnitte: die schriftliche, praktische und mündliche Prüfung. Bei der praktischen Prüfung muß sich der Lehrling als befähigt erweisen, drei Rezepte zu verschiedenen Arzneiformen zu lesen, regelrecht anzufertigen und zu torksen, auch zwei chemische Präparate auf deren Reinheit nach Vorricht zu untersuchen. Bei der mündlichen Prüfung kommt es zur Erklärung mehrerer hoher Fragen und chemisch-pharmaceutische Präparate zur Erläuterung und Darstellung vorzulegen. Ferner hat der Examinand zwei Artikel aus der Pharmacopœia Germania in das Deutsche zu übersetzen, endlich muß er die auf die Grundlehren und die Apothekergerüste bezüglichen Fragen beantworten. Für die gesamme Prüfung sind 2 Tage bestimmt und sollen höchstens 4 Examinierten zugelassen werden. Das Richtbestehen der Prüfung hat die Verlängerung der Lehrlizenz von 6—12 Monaten zur Folge, nach welcher Frist die Prüfung wiederholt werden muß. Wer nach zweimaliger Wiederholung nicht besteht, wird zur weiteren Prüfung nicht zugelassen. Diese Bestimmungen sollen mit dem 1. Januar 1876 in Kraft treten und alle früheren über die Prüfung der Apotheker-Gehülfen ergangenen Bestimmungen aufgehoben sein. — Die Eisenbahn-Vorlagen bez. des Ankaufs der Pommerschen Centralbahn und der Berliner Nordbahn sind in der ersten Commission des Herrenhauses auf ernsten Anstoß gerathen. Die Commission hat sich nämlich mit dem Ankauf der Centralbahn einverstanden erklärt, will dagegen den der Nordbahn beanstanden, und zwar in Folge einer von dem Fürsten Putbus an die Commission gerichteten Denkschrift, worin er noch einmal im Interesse der Actionäre Protest erheben zu müssen glaubt. Die Regierung ist entschlossen bei Aufrechterhaltung des Protests den Ankauf der Nordbahn fallen zu lassen.

[S. M. S., „Ariadne“] hat am 4. April c. den Hafen von Amoy verlassen, die Pescadores-Inseln, sowie Häfen des südlichen Formosa besucht und am 16. desselben Monats im Hafen von Hongkong geankert.

Aus Schleswig-Holstein, 8. Juni. [Petitionen.] Der „N. J.“ schreibt man: Im Nordschleswigschen circuliert augenblicklich wieder eine Petition zur Unterschrift, in welcher der alte Wunsch der dortigen Danomanen, den Artikel V. des Prager Friedens zur Ausführung zu bringen, einen neuen Ausdruck findet. In Sonderburg, wo das Schriftstück in mehreren Exemplaren ausgelegt war, wurde dasselbe von der Polizei confisziert, da der Name des Druckers nicht angegeben war. Der Berg hat gekreist und eine Maus geboren. Vor einiger Zeit wurde nämlich die dänische Partei von dem nunmehr nach Kopenhagen übergesiedelten Redakteur der „Döppelpost“ (Pingel) aufgefördert, selber eine Abstimmung darüber in Scène zu setzen, ob Nordschleswig dänisch werden oder deutsch bleiben solle. Diese Idee ist nunmehr in einer zahmen Petition zur Ausführung gelangt, und allem Anschein nach wird nicht einmal diese Petition die gewünschte, und wenn sie überhaupt einen Zweck im dänischen Sinne haben soll, nothwendige Unterstützung von Seiten der Bevölkerung Nordschleswigs finden. Daß der Vortrag in Betreff einer aus der eigenen Initiative der Bevölkerung hervorgehenden Abstimmung ein so glänzendes Fläschchen gemacht hat und daß sogar eine auf die Abstimmung hinzielende Petition bisher die erwartete Unterstützung der Bevölkerung nicht gefunden hat, beweist, daß das Gros der dänischen Partei vernünftiger geworden ist, und daß es die Verhältnisse richtiger beurtheilt, als die Führer dieser Partei sie beurtheilten. Es soll hiermit nicht gesagt sein, daß der dänische Theil der nordschleswigschen Bevölkerung schon alle Hoffnung auf eine Wiedervereinigung mit Dänemark aufgegeben habe, wohl aber habe der mit gesundem Menschenverstande begabte Landmann in Nordschleswig die Zweck- und Nutzlosigkeit der dänischen Agitationen in seiner Heimat erkannt.

Köln, 8. Juni. [Die Kaiserlocke] ist heute von der Commission geprüft und angenommen worden.

Aachen, 8. Juni. [In der heute hier abgehaltenen Generalversammlung] der Actionäre der Rheinischen Eisenbahn-Gesellschaft wurde die für das vergessene Geschäftsjahr zu vertheilende Dividende auf 8 Prozent festgesetzt und Decharge ertheilt. Die von der Direction gestellten Anträge, darunter diejenigen betreffend die Erbauung einer Brücke bei Düsseldorf und einer Bahn von Dorsten nach Gelsenkirchen, wurden einstimmig genehmigt.

Mayen, 8. Juni. [Der Redakteur der ultramontanen „Mayener Volkszeitg.“] Herr Veinroth, hat sich gleich seinen Kollegen Koslof, Wendt und Blum selbst expatriirt und dies in dem von ihm redigirten Blatt durch nachstehendes „Lebewohl“ angezeigt: „Der Abschied, welchen ich in der vorletzten Nummer dieser Zeitung für 6 Monate von meinen Lesern genommen, ist wider meinen Willen zur Trennung geworden. Eben im Begriffe, zur Abfahrt der über mich verhängten Gefangenstrafe nach Coblenz zu reisen, um mich dort freiwillig zu stellen, erhielt ich von der königl. Regierung auf mein Gesuch um Selbstbefreiung die Entscheidung, daß wir diesem Gesuch Folge zu geben uns zur Zeit nicht in der Lage befinden“. Ich hatte bis zu diesem Augenblide keinen Gedanken in mir aufkommen lassen, mich durch Flucht der Strafe zu entziehen. Meine Freunde werden mir sämtlich bezeugen können, daß es mein letzter Entschluß war, mich dem Urtheile des Gerichts zu unterwerfen. Anders lag es für mich die Sache nach obiger Entscheidung. Man hat mir für die Zeit von 6 Monaten eine Begünstigung verweigert, welche bisher meines Wissens allen (?) politischen Gefangenen, auch im Wiederherstellungsfall in Coblenz bewilligt worden ist. Sicher ist auch, daß man mir Einzelhaft dicieren wollte. Die Instruktion gestattet weiter, mich mit Brechern zusammen zu thun, mir Straflinsler zu geben u. s. Nach all diesem mußte ich zu der Ansicht kommen, daß man mit mir etwas Besonderes vorhabe. Ich

habe mich darum einstweilen der Strafe entzogen und bin ins Ausland gegangen. Sobald die von den Ministern des Innern und der Justiz wiederholt versprochene gesetzliche Regulirung der Gefangenstrafen endlich erfolgt ist, werde ich zurückkehren und meine Strafe antreten. — Ich bin fest überzeugt, durch meinen Schritt in Richts die Achtung meiner Freunde zu verlieren, an dem Uritheile meiner Feinde ist mir in dieser Angelegenheit nichts gelegen. Lebt wohl.“

Wiesbaden, 8. Juni. [Der König von Schweden] ist heute zum Besuch des hiesigen Hofes, von Eisenach kommend, eingetroffen. Derselbe gedenkt bis Donnerstag hier selbst zu verweilen.

München, 8. Juni. [Über den zum Erzbischof von Bamberg designirten Pfarrer Schreiber] ist im ultramontanen Lager ein großes Aufsehen; der Mann hat sich bisher als sehr staatsfreudlich und mit größtem Eifer dem Schulwesen zugethan gezeigt, wofür ihm auch der Staat die verdiente Anerkennung schon früher gezollt hat. Man erwartet im clericalen Lager, daß der Papst seine Bestätigung versagen wird. Es könnte dies zu einer dauernden Sedisvacanz führen, was den staatlichen Interessen und dem interconfessionellen Frieden nicht Schaden würde. Zum Passauer Bischof soll der hiesige Canonicus Türk, eine in den verschiedensten Münchener Kreisen wohlbekannte und vielfach mit politischen Vorgängen in Verbindung gebrachte Persönlichkeit ausersehen sein.

Großbritannien.

A. A. C. London, 5. Juni. [Parlamentsverhandlungen vom 4. Juni.] Im Oberhaus wurden die Amendments zur Kirchenpatronats-Bill in nochmalige Erwähnung gezogen und genehmigt, nach einem vergeblichen Versuch Lord Houghtons, den Urheber der Maßregel, Bischof von Peterborough, zu bewegen, dieselbe zurückzu ziehen. Dasselbe Stadium passierte auch das Arbeiterwohnungsgesetz und die Parliament of Canada-Bill, deren Zweck es ist, gewisse Zweifel mit Bezug auf die Gewalten des kanadischen Parlaments unter Abschnitt 18 des britisch-nordamerikanischen Actis von 1867 zu beheben, wurde auf den Antrag des Colonialministers in zweiter Lesung angenommen.

Das Unterhaus hielt eine Doppelsitzung ab. In der Tagessitzung bildete die Friendly Societies Bill den Hauptgegenstand der Erörterung. In der letzten Sitzung hatte der Schatzkanzler bei § 26 der Vorlage, die Verförderung von Kindern betreffend, einen Vorschlag zur Erhöhung des Maximums der Versicherungssumme von £ 5 auf £ 5 accepirt, und nun stellte Mr. Howard einen neuen Antrag auf Erhöhung der Summe auf £ 6. Nach kurzer Discussion ließ sich der Schatzkanzler herbei, auch dieses weitere Zugeständnis zu machen, wofür ihm von allen Seiten des Hauses warm gedankt wurde. Die anderen Paragraphen der gemeinnützigen Vorlage wurden ohne lange Discussion genehmigt und die Berichterstattung über die Amendments für nächsten Montag anberaumt. Den Rest der Sitzung füllte eine Debatte über die zur Comitéberatung vorliegende Bill zur Erminderung des Verkaufs von Grundstücken aus, die aber der vorigen Stunde wegen vertagt werden mußte.

In der Nachtsitzung, die nur sehr spärlich besucht war, stellte Mr. McCullagh Torrens einen Antrag auf Niedersetzung einer tgl. Commission zur Untersuchung des Systems, unter welchem die Offiziere des Heeres ihren Rücktritt aus dem aktiven Dienst bewilligen. Er empfahl, daß kein Offizier unter dem Generalmajorsrange, der nicht körperlich oder geistig untauglich sei, aus der Armee entlassen oder pensionirt werden sollte, ohne daß vorher ein Kriegsgericht darüber sein Urteil abgegeben habe. Oberst Alexander bekämpfte den Antrag als eine Beeinträchtigung der Prätorialgerichte der Krone, und auch der Generalauditor der Armee, Mr. Cave, wendete sich gegen denselben mit dem Bemerkten, daß die Befugniss, Offiziere ohne vorheriges kriegsrechtliches Urteil entlassen zu können, für die Aufrechterhaltung der Disciplin unerlässlich notwendig sei, und daß dieselbe bis her zur gänzlichen Befriedigung der Armee ausgeübt werden.

Lord Derby hat sich bereit erklärt, einer Anzahl Fabrikanten aus Yorkshire, die sich nach Wien begeben wollen, um der österreichischen Regierung Vorstellungen wegen der plötzlichen Erhöhung der Steuer auf gewisse Clasen von Wollenstoffen zu machen, Beglaubigungs- und Empfehlungsbriebe mit auf den Weg zu geben. Der Minister wird auch den britischen Vertretern in Wien instruiren, deren Ansichten zu unterstützen.

[Neue Paars.] Die „London Gazette“ meldet die Creirung von drei neuen Paars des Vereinigten Königreiches. Dieselben sind: der Earl von Home, ein schottischer Pair, der künftig den Titel eines Baron Douglas führen wird; der Earl von Dalhousie, ebenfalls ein schottischer Pair, der seinen Sitz im Oberhause als Baron Ramsay einnehmen wird, und der Viscount Grey de Wilton, dessen Pairstitel Baron Grey de Redcliffe in der Pfalzgrafschaft Lancaster sein wird. Lebgestannter Edelmann ist der älteste Sohn des Earls von Wilton und somit nun in Gemeinschaft mit seinem Vater Mitglied des Hauses der Lords.

Eine neue artikuläre Expedition zur Erforschung des King William-Landes und einiger Theile der nordwestlichen Durchfahrt, sowie zur Aufsuchung weiterer Überreste von Sir John Franklin's Expedition wird Londoner Blättern zufolge unverzüglich England verlassen. Das Dampfschiff „Pandora“, das zu dem Zwecke primitiv gemietet wurde, machte am Freitag in Southampton seine Probefahrt. Capitän Allen Young, der mit McClintock auf dem „Fox“ diente, wird die Expedition befehligen und Lieutenant Wellington, von der königl. Marine, wird der zweite im Commando sein.

Rußland.

E. St. Petersburg, 3. Juni. [Bei der vorgestrigen Eröffnung des vierten internationalen Telegraphen-Congresses] seitens des Ministers des Innern, General-Adjutanten Timaschew, waren 29 Delegirte von 19 Regierungen, — Deutschland, Österreich-Ungarn, Belgien, Dänemark, Egypten, Spanien, Frankreich, Großbritannien, Griechenland, Italien, Japan, Norwegen, Niederlande, Portugal, Russland, Schweden, Schweiz, Türkei — und 4 Vertreter von 6 Telegraphen-Compagnien anwesend, darunter Dir. Lazar von der Vereinigten deutschen Telegraphen-Gesellschaft. Der Delegirte der deutschen Reichsregierung ist bekanntlich Dr. Stephan; außerdem sind noch abgeordnet der Regierungsrath Scheffler und der Director der haitischen Telegraphen Gumbart. Aus der Gründungsrede des Ministers, mit welcher derselbe unter vollster Würdigung der großen Bedeutung dieser Congresse die erschienenen Abgeordneten auf das Wärmste willkommen hieß, ist einerseits die interessante Mittheilung hervorzuheben, daß „das russische Volk den Arbeiten der Congresse beständig mit lebhafter und aufrichtiger Theilnahme gefolgt ist.“

— andererseits der politisch gefärbte Schlüß mit der nicht so überraschenden, aber den wirklichen Verhältnissen entsprechenden Versicherung, „daß die von S. M. dem Kaiser (von Russland) so laut betonten friedliebenden Gefühle zugleich die Gefühle des ganzen (russischen) Volkes sind.“ Auf die Antwort des Generaldirectors der italienischen Telegraphen d'Amico, Vorsitzenden des 1872 in Rom abgehaltenen dritten Congresses, teilte der Minister der Versammlung noch den Wunsch S. K. H. des Großfürsten Thronfolgers mit, die Congremitglieder am 3. Juni um 1 Uhr in seiner Sommer-Residenz zu Zarjko-Selo zu empfangen, und an die Erklärung des Herrn d'Amico anknüpfend, ein Feder in der Versammlung, sei sich dessen bewußt, daß die Conferenz jene Fürsorge finden werde, welche seit den Tagen des berühmten Gründers der russischen Hauptstadt in gewohnter Weise Allem entgegen gebracht werde, was dem Fortschritt und der Aufklärung diene“, schloß der Herr Minister mit den Worten: „Ihre Rede gibt mir Veranlassung es vor Ihnen auszusprechen, daß Russland in Ihrer Anwesenheit hier selbst einen Beweis der neuen Anschauung erblickt, welche nach vielen Verirrungen und Vorurtheilen sich nunmehr zu verbreiten beginnt, sowohl was Russlands Vergangenheit als auch was seine Gegenwart und Zukunft anbelangt. Russland begrüßt in Ihnen, meine Herrn Bevollmächtigten, die neue Anschauung, welche sich in Betreff desselben Bahn bricht und welche es ebenso als unausbleiblich erwarte, wie es sie anderseits auch abzuwarten verstand.“ Und in der That, wenn es den fremden Gästen auch nicht so ganz zur Gewissheit gelangen sollte, daß das gesamte russische Volk schon ihren Bestrebungen mit lebendigem Interesse zu folgen vermöge, so wird es sicher den Einen so gehen wie Herrn Dr. Engel, der am Schluss des statistischen Congresses

1872 bekannte: „Wir glaubten, daß die Kultur in Russland nicht soweit fortgeschritten sei, und wir sind erstaunt über die geistigen und intellektuellen Kräfte, welche wir hier finden“, und die Anderen, welche der „neuen Anschauung“ bereits zugethan sind, werden sich gewiß nicht enttäuscht fühlen. Dr. Stephan wird zwar vielleicht nicht wie damals Herr Engel „allen Deutschen“ den Vorwurf machen, „daß sie sich nicht mit dem Studium der russischen Sprache beschäftigen und sich so der Möglichkeit berauben, das, was hier groß und vorzüglich ist, kennen zu lernen“, aber man wird gewiß das Bedürfnis um so lebhafter empfinden, durch immer zahlreichere berufene und eingeweihte Vermittlungsbüros über die Dinge in Russland unterrichtet zu werden. Daß die weltbekannte reiche russische Gastfreundschaft den Gästen von dem Augenblicke an entgegen getreten ist, wo sie die Grenze passierten, versteht sich von selbst. Hier fanden alle im Hotel Demuth ihre Wohnung bereit, wie überhaupt für jede Bequemlichkeit gesorgt ist. Gestern Abend war großer Rout in der Wohnung des Geheimrats v. Lüders, des Chefs des russischen Telegraphenwesens und Präsidenten des Congresses.

Osmannisches Reich.

Kairo, 23. Mai. [Die neuen Gerichte.] Wie bereits telegraphisch gemeldet wurde, hat die egyptische Regierung den Termin für Installirung der neuen Gerichte (an Stelle der alten Consular-Gerichtsstellen) für den 28. Juni, den Beginn der Wirtschaftsgerichtsstellen aber für den 18. October l. J. bestimmt. Die Ursache dieser Terminbestimmung ist in den betreffenden Verhandlungen des italienischen Parlaments zu suchen, das sich für die Einschränkung der Consular-Gerichtsbarkeit in Egypten ausgesprochen und die Regierung aufgesfordert hatte, die Vertreter Italiens beziehungsweise die italienischen Richter bei den neuen Gerichten zu ernennen. Diese Verhandlungen in der italienischen Kammer fanden schon vor etwa vier Wochen statt, und der Installirungstermin konnte schon auf den Anfang dieses Monats festgesetzt werden; die egyptische Regierung wollte jedoch der einzigen europäischen Macht, welche sich der egyptischen Justizreform widerstellt, Gelegenheit geben, sich noch einmal über die Sache auszusprechen oder in der französischen Assemblée eine bezügliche Motion einzubringen, und darum verlegte sie den Installirungstermin auf Ende Juni. Mit Ablauf Juni sollen auch die sämtlichen Bestimmungen des gerichtlichen Verfahrens geregt und überhaupt Alles so eingerichtet werden, daß mit Beginn der Wirtschaftsgerichtsbarkeit in den neuen Gerichten zu erwarten ist, daß mit dem Beginn der Wirtschaftsgerichtsbarkeit in allen Theilen arbeitet. Daß es im Falle der Weigerung Frankreichs an widerwärtigen Zwischenfällen nicht mangeln werde, dessen ist man hier sicher — andererseits aber auch entschlossen, mit aller Rücksichtslosigkeit eventuellen französischen Prätentionen gegenüber vorzugehen. Vor Ablauf könnte man Franzosen nicht als Kläger zu den neuen Gerichten zulassen, wenn es Franzosen als Geklagte unterlassen, vor den Gerichten zu erscheinen. Die Franzosen ihrerseits würden Repräsentation über, dadurch aber nichts Anderes erreichen, als daß man mit ihnen keine Geschäfte abschließe, oder wenn doch, daß sich Federmann die Klausel ausbedingt, Geschäftsstreitigkeiten den neuen Gerichten zur Entscheidung vorzulegen. Uebrigens wird es anfangs bei den neuen Gerichten, mögen sich alle betreffenden Bestimmungen noch so klar aussprechen, nicht ohne Confusion abgehen; aber hoffentlich gebiert eine vorübergehende Verwirrung jenen durch eine geregelte Justizpflege erwünschten und ersehnten Schutz, ohne welchen keine menschliche Thätigkeit denkbar ist. (R. Fr. Pr.)

Merika.

Die Republik von Guatemala hat durch ein Decret ihres Präsidenten die Anerkennung von Cuba als Republik ausgesprochen. Dasselbe lautet:

„J. Rufino Barrios, Generallieutenant und Präsident der Republik Guatemala:

In Anbetracht, daß die Cubaner seit dem 10. October 1868 ihre Unabhängigkeit von Spanien (dem spanischen Mutterlande) erklärten und sich als Republik constituierten; daß seit jenem Tage bis heute sie gezeigt haben, daß sie mehr als genügende Elemente besitzen, um die spanische Herrschaft, welche vergeblich sich bemüht, sie zu unterjochen, zu bekämpfen; daß die Unabhängigkeitssache Cuba's offenbar gerecht ist, indem jedes Volk, welches die Mittel besitzt, sich zu behaupten, das Recht hat, sich als Nation (unabhängiges Volk) zu constituiren; daß deshalb das cubanische Volk heute dieselben Rechte ausübt wie die amerikanischen Colonien, als sie sich unabhängig erklärten, weshalb die edle Sache jenes Volkes vor den Republiken der neuen Welt wie ihre eigene und durchweg amerikanischen Charakter aufweisende angesehen wird; und daß deswegen die Regierung von Guatemala einen Beweis ihrer Sympathie für Cuba zu geben wünscht; sowie die Gerechtigkeit und das Recht anzuerkennen, die jenem heldhaften Volke, welches seinen eigenen Ursprung hat, zur Seite stehen, unter dessen Regierung, rechtmäßig constituit, mit ihr freundschaffliche Verbindungen angemäßigt hat; verordnet:

Art. 1. Die Republik Guatemala erkennt die Republik Cuba als freie, unumstrittene, unabhängige Nation an.

Art. 2. Demzufolge wird die Regierung Guatemala mit der von Cuba officielle Verbindungen eröffnen und pflegen.

Guatemala, 6. April 1875.

J. Rufino Barrios. Marco A. Soto.

Provinzial-Beitung.

* Breslau, 5. Juni. [Verein Breslauer evang. Lehrer.] In der 9. Sitzung gedenkt der Vorsthende zunächst des am 20. Mai zu Sobilenort verstorbenen Vereinsmitgliedes Herrn Gillert. Die Anwesenden ehren das Andenken an den Dahingeschiedenen durch Erheben von den Plänen. Hierauf eröffnete Herr Rector Adam einen Einblick in das Stolze'sche System der Stenographie, soweit dies in einem einzigen Vortrage möglich ist. Herr Adam ging davon aus, daß wir zwei Mittel haben, unsere Gedanken mitzutheilen, die Sprache und die Schrift. Erstere ist leicht, bequem, aber an Zeit und Ort gebunden, letztere dagegen stellt unsere Gedanken entfernt Wohnenden mit und überliefert uns und künftigen Geschlechtern, was vor Jahrtausenden gedacht wurde, ist aber langsam, unbequem und unbefriedigend. Die Stenographie will die Vortheile von Sprache und Schrift vereinigen, aber ihre Nachteile vermeiden. Die ersten Versuche der Erfünder stenographischer Systeme waren ungenügend: entweder nicht kurz genug, oder zu schwer erlernbar, oder unzulänglich und nur mühsam zu lesen. Erst durch Wilhelm Stolze in Berlin (geb. den 20. Mai 1798, gest. den 3. Januar 1867) wurde die Stenographie zu einer Vollkommenheit gebracht, wodurch dieselbe befähigt ist, in den Händen eines geschickten Kämers derselben allen Anforderungen zu genügen. d. h. an Schnelligkeit der Rede gleichzutreten und leicht lesbar zu sein. Daher nannte der Vortragende die Stenographie die Schrift in ihrer zeitgemäßen Vollendung. Die Stenographie erreicht ihre Kürze dadurch, daß sie alle Dehnungs-lauten, als gänzlich unnötig wegläßt, daß sie die einzelnen Buchstaben viel kürzer bezeichnet, keinen Unterschied macht zwischen Groß- und Kleinbuchstaben, sondern durch Modification des Anlautes der Silbe ausdrückt, daß sie Endungen, Vorsilben und häufig vorkommende Wörter durch leicht erlernbare, weil im System und in der Sprache gebräuchliche Umschriften schreibt. Leider können wir für die 3 letzteren noch dazu wichtigen Beispiele geben. Der Vort

Gräfin Kreyserling, die Hofdamen Gräfinnen Schewinsz und Molte und der Leibarzt Stabsarzt Dr. Schaper. Auf dem Bahnhofe waren der Herr Commandant General-Major v. Wulffen und der Polizei-Präsident Frhr. v. Uslar-Gleichen zur Begrüßung der hohen Reisenden anwesend.

* [Angekommene Fremde.] Prinz Biron v. Turland aus Poln.-Wartenberg, Fürst von Carolath-Bentheim aus Carolath.

— ch. Görlitz, 7. Juni. [Oberbürgermeister Gobbin. — Polizei-Tonnenabfuhr. — Krankenhaus. — Bad. — 50-jähr. Maurer-Jubiläum.] Der erste Urlauber unter den befehlten Magistratsmitgliedern, Oberbürgermeister Gobbin ist zurückgekehrt. Der sechswöchentliche Aufenthalt in Dr. Brehmer's Kurort Görlsdorf hat auch in diesem Jahre wieder den durch Überanstrengung angegriffenen Beamten gekräftigt. Ob er seine parlamentarische Tätigkeit in dieser Saison noch einmal aufnehmen wird, steht noch dahin. Wäre auch nur die geringste Aussicht vorhanden, eine wirklich freistimige Provinzialordnung zu Stande zu bringen, so würde er wohl noch im Herrenhause erscheinen, aber für die Durchsetzung der amendirten Provinzialordnung sich auch nur einen Tag nach Berlin zu geben, verlobt sich der Anstrengung nicht. Außer Oberbürgermeister Gobbin ist auch Hörnlemeister Wilski zurückgekehrt, ebenso von den unbesoldeten schon vor einigen Wochen Stadtsträßen Lüders, der in Italien Geneu gefunden, und jetzt Stadtstrath A. Krause, so daß das Magistrat collegium wieder ziemlich vollständig ist. Unmittelbar vor der Rückkehr des Oberbürgermeisters Gobbin hat Stadtstrath Thiele seinen Urlaub angetreten, um in ein Bad zu gehen. Das Decernat der Polizeiverwaltung ist nach einer Mitteilung in hiesigen Blättern wieder, wie zu Horschansky's Zeit, dem Polizei-Assessor Mewes übertragen, während man früher annahm, daß in Verhinderungsfällen der Oberbürgermeister selbst das betreffende Decernat übernehmen würde. In nächster Zeit wird der Magistrat nun auch zur Ernennung eines Polizeianwalts freireiten müssen, da Stadtstrath Tschierschky, um in das Gehalt von 1500 Thlr. einzurücken, die Polizeianwaltshaft auf Anforderung der Stadtverordneten niedergelegt hat. Wie es heißt, beabsichtigt man, seitens eines Theiles der Magistratsmitglieder, dem Polizei-Assessor Mewes die Geschäfte der Polizeianwaltshaft zu übertragen, womit der Magistrat direct gegen die Intentionen der Stadtverordneten handeln würde, welche das Amt für unverträglich mit dem Amte eines zu Bureauaufgaben verpflichteten städtischen Beamten halten. — Mit Besorgniß und Spannung sehen die Anhänger, mit Schadenfreude die Gegner des Tonnenabfuhrsens der Entwicklung zu, welche diese Angelegenheit zu nehmen scheint. Die Vorauszeichnungen der günstigen und normalen Entwicklung der für die Sanität der Stadt anerkannt wichtigen Einrichtung sind nicht eingetroffen. Weder hat sich bis jetzt auch nur an nähernd die genügende Anzahl von Hausbesitzern gefunden, welche das Tonnenystem in ihren Häusern freiwillig eingeführt haben, noch ist bis jetzt der Anfang zur Anlegung der Fabrikalnen gemacht, in welchen die abgefahrene Fäkalstoffe nach der bei Gros' üblichen Weise zu Dungstoff gerudlos verarbeitet werden sollen. Die Stadtverordneten haben nun fürth — wohl um die Sache in irgend einer Weise zu Ende zu bringen, da die hiesigen Unternehmer, welche eine Berliner Aktiengesellschaft aus dem Contracte verdrängt haben, keine Lust zu haben scheinen, die Angelegenheit durchzuführen — beschlossen, das zur Abschaffung notwendige Geld zu verweigern und auf wiederholten Antrag des Magistrats nur die Einsetzung einer gemündeten Commission beschlossen, welche eine Regelung der ancheinend verfahrenen Angelegenheit verlügen soll. Da die Stadt in Folge des Beschlusses wegen Einführung des Tonnenabfuhrsystems bestimmte Verpflichtungen gegenüber den Haushaltern übernommen hat, welche die bez. Einrichtungen getroffen haben, so wird sie nicht ohne große Opfer das System aufgeben können und ist also genötigt, die Unternehmer zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen aufzuhalten. Gleichzeitig wird allerdings wohl die Einführung der Verpflichtung zur Anlegung der Tonnengruben zwangsläufig erfolgen müssen. Mit halben Maßregeln sind hier nun einmal durchgreifende Reformen nicht durchzuführen. — Mit unserm Krankenhausbau steht noch heute Alles auf dem selben Flede, wie Ende April. Während schon im Februar die Evacuation des Krankenhauses als eine dringende Notwendigkeit hingestellt wurde, ist noch nichts geschehen, um in durchgreifender Weise die angeblich vorhandenen durchgreifenden Gefahren der Infection zu begegnen. Wie sich Jedermann durch den Augenschein überzeugen konnte, hat man es sogar bis vor kurzem nicht einmal für notwendig erachtet, daß im Hospitalgarten aufgeschlagene Zelt zu belegen, obwohl man dadurch einen erheblichen Theil der Räume weniger stark zu belegen in der Lage gewesen sein würde. Auch hörte man bis heute nichts von dem Ausbruch von Hospitalkrankheiten, obwohl das Krankenhaus verhältnismäßig stark belegt sein soll. — Mit der Anlegung eines Bades sind wir auch noch nicht über das Stadium der Projekte hinaus. Glücklicherweise hat jetzt die gläubige Witterung früher als sonst die Benutzung der Neißebäder gestattet und damit ist der Görlitzer einstweilen zufrieden und vertröstet sich auf die Zukunft. Im Herbst, wo es an warmen Badern, Dampfbädern etc. fehlt, fängt erst das Lamento wieder an, daß man sich in Projecten nicht baden kann. — Übermorgen feiert einer der ältesten und verdientesten Bürger unserer Stadt, Stadtältester Bape, in voller Rüstigkeit sein 50-jähriges Maurerjubiläum in der hiesigen Loge zur getrockneten Schlange. Neben derselben ist jetzt eine zweite Loge Wilhelm zur Landeskronne ins Leben gerufen, die nach dem System der großen Landesloge arbeitet.

* Bunzlau, 6. Juni. [Mai-Witterungs-Bericht.] Bei nördlicher Windrichtung waren die ersten Tage des Monats kühl, dabei ziemlich heiter, mit dem 6. trat teilweise westliche Luftströmung ein, es kamen Viers bemerkte Tage bisweilen mit Regen, die Temperatur erreichte höhere Grade, ohne in Höhe überzugehen. Am 15. traten wieder mehrere heitere Tage, ebenfalls mit angenehmer Wärme ein, welche leichter bis zum 25. anhielt, worauf wieder einige unfreundliche, doch nicht raue Tage folgten, in den letzten Tagen des Monats herrschte schöne milde Witterung. Die gefürchteten gestrengen Herrn vom 12., 13. und 24. hatten sich nicht bemerklich gemacht, daher entsprach der Mai vollkommen seinem Namen als Wonne-monat, während welchem die Vegetation sich fröhlig entwidete und nachholte, was der unfreundliche April zurückgehalten hatte. Die niedrigste Temperatur am 2. des Morgens bei O war 1,2° R., in Breslau zu derselben Zeit 0,9° R. die höchste am 22. Nachmittags bei SO. 19,8° R., in Breslau am 23. Nachmittags 20,1° R. = 0,3° R. mehr, die Differenz zwischen den Wärmetexturen betrug daher 18,6° R., in Breslau 19,6° R. Im Durchschnitt zeigte das Thermometer des Morgens 8,08° R., des Nachmittags 14,19° R., des Abends 8,27° R., die mittlere Monatswärme war daher 10,21° R., der Normale ziemlich entsprechend. Breslau hatte früh 7,77° R. = 0,3° R. kälter, Nachmittags 14,05° R. = 0,1° R. kälter und Abends 10,19° R. = 1,82° R. wärmer, also eine Monatswärme von 10,68° R., um 0,47° R. wärmer wie Bunzlau. — Die Schwankungen des Barometers waren nicht bedeutend, den höchsten Stand hatte derselbe am 11. Abends bei W. mit 335,22", in Breslau am 12. Früh mit 336,34" = 1,10" höher, den niedrigsten am 30. Nachmittags bei W. mit 326,96", in Breslau zu gleicher Zeit 328,31" = 1,35". Die Differenz zwischen den Luftdruckextremen betrug hier 8,25", in Breslau 8,03". Im Durchschnitt stand das Barometer des Morgens 331,43", des Nachmittags 331,24" und des Abends 331,29", der mittlere Luftdruck des Monats war daher hier 331,32", in Breslau 332,64" = 1,32" stärker. Am 9. Tagen fiel Regen, einmal mit Graupeln, dessen Gesammmenge nur 239,2 Cubitzen für den Quadratfuß betrug, also eine Höhe von 17,43 pariser Linien erreichte, weniger wie sonst der Mai gewöhnlich bringt. An 9 Tagen, den 9., 11., 13., 14., 19., 20., 25., 27. und 28. war die Atmosphäre stürmisch bewegt, die mittlere Windesstärke war 1,58, die mittlere Richtung 45° 12' N. gegen W., resultirte aus: 5 R., 5 NW., 10 O., 12 SO., 3 S., 9 SW., 31 W. und 20 NW. 9 Tage waren ziemlich wolkenfrei, 13 halbheiher, 9 trüb mit Sonnenbliden, keiner mit beständig bedecktem Himmel, Nebel am 10. und 31. Regen am 2., am 6. Abends entfernter Donner in W., den 8., 19. und 30. Gewitter, von denen keines in den Zenith kam, Wetterleuchten am 21. in O. und am 22. in NW. So sorgfältig und gewissenhaft auch die Ozeanbeobachtungen angestellt werden mögen, so ist es doch äußerst schwierig, wo nicht unmöglich, eine scharfe Grenze zwischen den verschiedenen Farbenionen beim Vergleich mit der Farbenstafel zu ziehen und demgemäß genaue Zahlenwerthe anzugeben, verschiedene Beobachter geben oft bei ähnlicher Färbung verschiedene Zahlen an. Bunzlau's Atmosphäre ist jedenfalls reicher an Ozean wie die Breslau's, denn während dem ganzen Mai blieb hier nur einmal, in der Nacht vom 31., die Reaction auf Ozean aus, während dies in Breslau mehrmals vorkam, demungeachtet konnte hier keine Färbung mit 8 oder 9 verzeichnet werden. Der Schwerpunkt bei den Ozeanbeobachtungen scheint also allein darin zu liegen, zu konstatieren, ob Ozean vorhanden oder nicht, und ob dasselbe sich etwas mehr oder weniger kennzeichnet. Als Resultat der annähernden Bestimmung des Ozeans wurde hier im Mittel ein Gehalt von 3,69 gefunden und zwar 3,87 für den Tag und 3,52 für die Nacht. Die stärkste mit 6 zu bezeichnende Reaction lag am 27. und 28. vor, mit 5 am 11., 13., 14., 18., 19., 21., 23., 26. und 27., mit 4 am 1., 2., 3., 5., 7., 12., 15., 20., 29. und 30.

+ Gubrau, 7. Juni. [Kreistagsbeschlüsse. — Verschönerung. Deuer.] In der öffentlichen Sitzung des Kreistages vom 28. Mai wurden

folgende Beschlüsse gefasst: Nachdem die Kreis-Commissariats-Tassen-Rechnung pro 1874 sich als richtig herausgestellt hatte, wurde dem Taschen-Rendanten Decharge ertheilt. Aus dem veröffentlichten Auszuge der Kreis-Commissariats-Rechnung ergaben sich folgende Abschluß-Summen: I. Einnahme A. Allgemeine Verwaltung 11,031 Thlr. 14 Sgr. 7 Pf. B. Kreis-Wegebank-Verwaltung, 11,418 Thlr. 16 Sgr. 8 Pf. C. Kreis-Krankenhaus-Verwaltung 15,104 Thlr. 17 Sgr. 6 Pf. Summa 37,554 Thlr. 18 Sgr. 9 Pf. Hierzu treten noch: D. Depositen und Asservate 1249 Thlr. 18 Sgr. E. Vorschüsse 1417 Thlr. 29 Sgr. Totalsumme der Einnahme 40,222 Thlr. 5 Sgr. 9 Pf. II. Ausgabe: Zu A. 4473 Thlr. 7 Sgr. zu B. 10,517 Thlr. 17 Sgr. zu C. 5281 Thlr. 9 Sgr. Summa 20,272 Thlr. 3 Sgr. zu D. 719 Thlr. 8 Sgr. zu E. 1723 Thlr. 10 Sgr. 9 Pf. Totalsumme der Ausgabe 22,714 Thaler 21 Sgr. 9 Pf. Der Totalbestand beträgt also 17,507 Thlr. 14 Sgr. Von diesem Bestande entfallen auf die eisernen Fonds des Kreises 15,820 Thlr. 24 Sgr. 4 Pf., auf die pro 1875 disponibel bleibenden Betände 1686 Thlr. 19 Sgr. 8 Pf. Die 1872—73 zum Begebau aufgenommene Schulde von 28,000 Thlr. beträgt ult. 1874 noch 18,414 Thlr. 2 Sgr. 2 Pf. Mit der Kreisliste werden combiniert vermalet die Victoria-National-Kreis-Invalidenstiftung mit einem Bestande von 4593 Thlr. 22 Sgr. 2 Pf. und die Kaiser Wilhelm-Stiftung mit einem solchen von 116 Thlr. 22 Sgr. Zu Mitgliedern des Curatori der Kreisparfasse wurden Herr Chef-Präsident v. Frankenberg-Ludwigsdorf, Herr Landrat a. D. v. Röder, Herr Major a. D. v. Schlieben, zu Mitgliedern der Sparflask-Revision-Commission Herr Rittergutsbesitzer Sydow, Herr Rittergutsbesitzer v. Ravenstein, Herr Kämmerer Schlafe in Herrnsdorf statutärmäßig auf 3 Jahre wiedergewählt; als Civilmitglied der Kreis-Ersatz-Commission wurde Herr Kaufmann und Rabmann Groschütz von hier für einen gleichen Zeitraum neu gewählt. Auf den Vorschlag des Kreisausschusses werden die Kosten für die Buzierung von Medizinalpersonen zum Zweck der Constatirung des Ausbruches ansteckender Krankheiten unter Menschen und Thieren, sowie zur Feststellung der Ursachen plötzlicher Todesfälle, auf den Kreis übernommen, soweit deren Traugung nicht gefährlich dem Staate obliegt. Ebenfalls nach den Propositionen des Kreisausschusses wurde genehmigt, daß erstens aus dem Reitbestande der Staatsdotation zur Ausführung der neuen Kreisordnung für jeden Amtsbezirk, mit Ausnahme zweier Forstbezirke, der Heymann'sche Gesetzesammlungs-Auszug als bleibendes Inventar zum Gebrauch der Amtsvorsteher angekauft und zweitens dem Spritzenverbande von Tschitsch zur Aufmachung einer neuen Verbands-Feuerwaffe eine auf den Etat von 1876 zu bringende Subvention von 450 Mark bewilligt werde. Als Maßstab für die Vertheilung der aufzubringenden Landarbeitsentgelte wurde derjenige angenommen, welcher für die Reparation der Kreissteuern, d. i. das Gesamt-Contingent der direcen Staatssteuern exkl. Haufsteuer, festgestellt ist. In Beziehung auf einen zwischen den Landgraben-Verwaltung und dem Kreise bestehenden Vorfluths-Conflict wurde den von ersterer erhobenen Ansprüchen gegenüber einstimmig beschlossen, eine Verpflichtung des Kreises zur Erweiterung der auf der Seitch-Langenauer Dammstraße belegenen Brücken über den schlesischen Landgraben, resp. zur Anlegung neuer Brücken nicht anzuerkennen und die Entscheidung richterlichen Urtheil anheimzustellen. — Unser neues freundliches Kreisfrankenhaus, dessen Inneres sehr zweitmäßig eingerichtet, ja fast reich ausgestattet ist, hat seit Donnerstag auch äußerlich einen künftlerischen Schmuck erhalten. Die an der Borderfront des Gebäudes angebrachten Nischen sind mit zwei lebensgroßen Statuen, einem Aesop und einer Hygieia, ausgestattet. Beide Kunstwerke sind ein Geschenk des Erbauers des Gebäudes, des Herrn Baumeisters Louis Grunwald. — Am 1. Juni drohte dem Dorfe Seitch eine große Gefahr. Ein unmittelbar an strohbedachten Stallungen und Wohngebäuden des Zweispänners H. aufgeschickter Reisighaufen stand in vollen Flammen. Da das Feuer gläubiger Weise gegen 2 Uhr Nachmittags ausbrach, gelang es den augenblicklich herbeigeeilten Löschmannschaften, daßselbe auf seinen Herd zu bestränken. Man hält das Feuer für die Frucht kindlichen Uebermüdes.

— r. Namslau, 8. Juni. [Goldene Hochzeit.] Vorgestern, nach beendigtem Nachmittags-Gottesdienste, wurde in der hiesigen evangelischen Kirche ein Jubelpaar, der Lehrer Herr Carl Seeliger aus Deutschmarziv und seine Ehefrau Caroline geb. Lix, durch Herrn Pastor Schwarz feierlich eingesegnet. Herr Seeliger, welcher am 11. April d. J. sein 50-jähriges Amtsjubiläum feierte, hatte sich schon bei dieser Gelegenheit der Sympathien seiner Schulgemeinde in welcher derselbe fast 40 Jahre hindurch segensreich wirkte, in reichem Maße zu erfreuen. Zur Verherrlichung seines Chejbülaus hatten sich auch vorgestern fast sämtliche Mitglieder der Schulgemeinde mit ihren Frauen und Töchtern versammelt und geleiteten das Jubelpaar im feierlichen Zuge zum Gotteshause. Eine Prachtbibel, welche früher durch Königliche Huld fast jedem Jubelpaare bei seiner Einsegnung gewährt wurde, hatten in diesem Falle die Collegen des Jubeljährigums und die Herren Geistlichen der Parochie Namslau dem Jubelpaare verehrt. Auch sonst wurde das Jubelpaar mit Gratulationen von lieben Freunden und Verwandten aus der Nähe und Ferne (eine Tochter war eigens zu diesem Feeste aus Amerika hierher gekommen,) denen zum Theil sehr wertvolle Geschenke beigegeben waren, vielfach erfreut. Ein einfaches Abendbrot, gefürt durch ernste und heitere Tochte hielt die Festgenossen im Hause des Jubelpaares lange fröhlich vereinigt.

○ Kattowitz, 8. Juni. [Turnsache. — Schulinspektion.] Das Sommerturnen hat mit dem Monat Mai sowohl beim hiesigen Turn-Verein, als auch mit den Schulen begonnen. Der Turnverein sucht neben dem regelmäßigen ernsten Turnen auch das gemüthliche Vereinsleben geeignet zu pflegen. So machte er am 28. b. M. einen Maigang nach Myslowitz, verband dabei das Rüttliche mit dem Angenehmen, indem er einer höchst instructiven Uebung der Myslowitzer Feuerwehr bewohnte. Die hierzu freilich nur auf dem Papier stehende Feuerwehr endlich lebensfähig zu machen, hat sich der Turn-Verein neuerdings wieder zur festen Aufgabe gestellt. Es handelt sich nur darum, daß die von der zuständigen Behörde längst bewilligten Mittel zur Abschaffung von Ausrüstungsgegenständen flüssig gemacht werden, und ist nur ferner zu wünschen, daß Kattowitz gegen die Nachbarstadt Königshütte, die in Kürze eine Feuerwehr complet gegründet, ausgerüstet und einer exercirt hat, nicht zurückstehe. Vergangenen Sonnabend besuchte der hiesige Turn-Verein der Königshütter gleiche Verein. Die gemüthliche Vereinigung fand in Balzenz statt, Theater, Freilüungen, Gesang, Commerce bildeten das Programm. — Für die hies. fach. Schule ist der Director der höheren Töchterschule Herr Dr. Mensch zum Localschulinspector höheren Orts ernannt worden.

→ Schwientochlowitz, 6. Juni. [Tageschronik.] Bis zur Wahl eines Amtsversteigers für den hiesigen Hüttenort sind die Geschäfte dem fgl. Berggrath und Generaldirector Scherbening in Lipine übertragen worden. Zum Gutsvorsteher für Schwientochlowitz und Ober-Heydl und zum stellvertretenden Standesbeamten für Schwientochlowitz ist Herr Rechnungsführer Kurek ernannt worden. Auch wird derselbe die Vertretung der Gutsverwaltung in den Armenverbänden von Schwientochlowitz und Ober-Heydl übernehmen. — Als Departementsverwalter fungirt seit Kürze hier der Ober-Adjutor Haase aus Neudorf. Derselbe hat sich bei seinem östmaligen Hiersein während der letzten Jahre durch seinen grade und bieder Charakter allgemeines Vertrauen zu erwerben gewußt, und wird es demselben sicherlich hiergefallen. — Herr Bergwerks- und Hütten-Director Greßer ist freiwillig aus den Diensten des Herrn Grafen Henkel ausgechieden. Es hängt dieses Ausscheiden mit dem nicht geahnten Fallissement der Firma Barshall u. Kadt in Liegnitz eng zusammen. Die Deutschen Grube war bedeutende Lieferungen an genannte Firma eingegangen. Zur Deckung des vielleicht doppelten Verlustes hat Herr Greßer sein noch dreijähriges Gehalt (da derselbe auf fünf Jahre fest engagiert war) in Höhe von 72,000 Mark dem Herrn Grafen zur Verfügung gestellt. In der That ein nobler Zug. — Der frühere Deverage- und Amtsverwalter und Amtsversteiger Honschik befindet sich auf seiner Besitzung bei Rybnik, und sind die unterstzlichen Gelder in Höhe von 12,000 Mark auf selbige eingetragen worden. Aus unserer Simultanbuch-Angelegenheit ist nichts geworden, doch hofft man, daß die königliche Regierung Mittel und Wege finden wird, damit die Prästationsfähigkeit der katholischen Witwe, die gegen diese Sache so erregt worden sind, nicht gefährdet werde, wie dies der hiesige Gemeindevorsteher beim letzten Termine denselben vorhielt. Zur nächsten Verhandlung des Thierschubvereins für den südwürttm. Theil des Kreises, welche den 29. h. stattfindet, hat der königliche Kreisschulinspektor Herr Skladny aus Beuthen einen Vortrag zugesagt und freut man sich allgemein darauf. — In der letzten Vereinsversammlung des Schwientochlowitz-Eintrachthütter Volksbildungsbvereins hielt Herr Lehrer Bmarzlwern hier einen Vortrag über die „Entwicklung des Handels“. Für die nächste Zeit wird Herr Wanderlehrer Keller, der sich zur Zeit in Thüringen befindet, Vorträge halten. Der stellvertretende Vorsitzende des Vereins, Herr Lehrer Pelsa aus Eintrachthütte, wurde auf Vereinsbeschluß für ausgeschlossen erklärt, da er nicht nur den Verein gänzlich negirt, sondern auch gefucht hat, denselben zu untergraben. — Vergangenen Sonntag concertirte in dem erweiterten Gartenestablishement des Herrn Malz hier die Brieger Bataillonskapelle. Trotz des heftigen Regenwetters hatten sich doch über 100 Personen eingefunden. In demselben Garten hatte Mittwochs der Königsbütter Musikverein einen Ausschlag unternommen. Nachdem der Männerchor unter Leitung der Herren Janisch und Maase das anwesende Publikum durch prächtige Lieder erfreut

hatte, machte derselbe mit Fackelbeleuchtung eine Fahnenparade auf dem bei Garten begrenzten großen Grubenteiche. Die Gefang über den Wassern bei Mondenschein machte einen erhebenden Eindruck. Als man sich später in die innern Restaurationsräume mitschließen durfte, wurden die Freuden des Nachmittags durch einen bedauerlichen Unglücksfall getrübt, es brach einer der Lehren den Fuß. — Vorgerstern machte der Königsbütter Kriegerverein einen Spaziergang nach dem nahen Schwarzwalde bei Eintrachthütte. Mit liegenden Fahnen und unter den Klängen der Beer'schen Hüttenkapelle langte der Zug, den ein kleiner Gewitterregen angespalten hatte, an der dortigen Walfiese an. Herr Hotelier Dittrich hatte vier für alle Annehmlichkeiten aufs Beste gesorgt, und entwickelte sich auf dem Platz ein ungezwungenes heiteres Leben. Doch das wurde durch einen heftigen Platzregen arg gestört, und mußte man seine Zuflucht in dem nahen Eintrachthütte suchen. Alles stürmte dorthin, und kaum vermochten die doch nicht engen Räumlichkeiten die Gäste aufzunehmen. In der Colonade wurde nun stotter getanzt, und drinnen verlor man durch einen kräftigen Zug die erlitte Störung verloren zu machen und interessant anzusehen waren die anglistischen Damengesichter, durch die sich der Regen erst viel später böten ließ, denn um 8 Uhr Abends wurde es heimlich, und es wurde zum Rückzug geblasen. Der Zug ordnete sich, und schloß sich demselben der königliche Landroth Herr v. Wittgenstein, der sich zu aller Freude in den Nachmittagsstunden zum Sommerfest eingefunden hatte, an. In der Nähe des Bahnhofes wurde Halt gemacht. Herr Ingenieur Prem-Lient. Schubert, Präses des Kriegervereins, nahm das Wort und brachte dem königl. Landroth, der das Fest durch seine Gegenwart verherrlicht, ein dreimaliges Hoch, in welches die Menge begeistert einschloß. Hierauf dankte derselbe in schönen kräftigen Worten, in denen er betonte, wie es ja Zweck des Vereins sei, Liebe zum Vaterland und angestammten Herrscherhause zu weden und nach zu erhalten, und Aufklärung und nationale Bildung in der hiesigen Bevölkerung zu verbreiten und schloß mit einem dreimaligen Hoch ab. — Hierauf dankte derselbe in schönen kräftigen Worten, in denen er betonte, wie es ja Zweck des Vereins sei, Liebe zum Vaterland und angestammten Herrscherhause zu weden und nach zu erhalten, und Aufklärung und nationale Bildung in der hiesigen Bevölkerung zu verbreiten und schloß mit einem dreimaligen Hoch ab. — Hierauf dankte derselbe in schönen kräftigen Worten, in denen er betonte, wie es ja Zweck des Vereins sei, Liebe zum Vaterland und angestammten Herrscherhause zu weden und nach zu erhalten, und Aufklärung und nationale Bildung in der hiesigen Bevölkerung zu verbreiten und schloß mit einem dreimaligen Hoch ab. — Hierauf dankte derselbe in schönen kräftigen Worten, in denen er betonte, wie es ja Zweck des Vereins sei, Liebe zum Vaterland und angestammten Herrscherhause zu weden und nach zu erhalten, und Aufklärung und nationale Bildung in der hiesigen Bevölkerung zu verbreiten und schloß mit einem dreimaligen Hoch ab. — Hierauf dankte derselbe in schönen kräftigen Worten, in denen er betonte, wie es ja Zweck des Vereins sei, Liebe zum Vaterland und angestammten Herrscherhause zu weden und nach zu erhalten, und Aufklärung und nationale Bildung in der hiesigen Bevölkerung zu verbreiten und schloß mit einem dreimaligen Hoch ab. — Hierauf dankte derselbe in schönen kräftigen Worten, in denen er betonte, wie es ja Zweck des Vereins sei, Liebe zum Vaterland und angestammten Herrscherhause zu weden und nach zu erhalten, und Aufklärung und nationale Bildung in der hiesigen Bevölkerung zu verbreiten und schloß mit einem dreimaligen Hoch ab. — Hierauf dankte derselbe in schönen kräftigen Worten, in denen er betonte, wie es ja Zweck des Vereins sei, Liebe zum Vaterland und angestammten Herrscherhause zu weden und nach zu erhalten, und Aufklärung

